



HESSISCHER LANDTAG

07. 12. 2020

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorausschauend und verantwortungsvoll durch die Pandemie –
Corona-Impfstrategie für Hessens sichere Zukunft**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass Impfungen ganz allgemein zu den wichtigsten und wirksamsten präventiven Maßnahmen gehören, die in der Medizin zur Verfügung stehen. Dies gilt, sofern die Entwicklung eines Impfstoffes erfolgreich mit der Zulassung durch das Paul-Ehrlich-Institut abgeschlossen werden kann, auch für die Bekämpfung des SARS-CoV-2-Virus.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus, neben der Gefahr eines schweren und tödlichen Krankheitsverlaufs, in vielen Fällen Folgeerkrankungen nach sich ziehen kann. Daher muss es unser Ziel sein, den SARS-CoV-2-Virus weltweit weitestgehend einzudämmen. Hierzu ist es notwendig, auch in Deutschland eine möglichst hohe Durchimpfung der Bevölkerung zu erreichen. Schließlich geht es nicht allein um die Schutzwirkung für die geimpfte Person selbst, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Denn eine Impfung dient gleichzeitig auch dem Schutz von Personen, die nicht geimpft werden können, z.B. Neugeborenen oder Menschen mit Immunschwächen, und schützt diese vor einer Ansteckung und ihren Folgen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Entwicklung marktreifer Impfstoffe zur Bekämpfung der weiteren Verbreitung des Coronavirus zum Teil kurz vor dem Abschluss steht. Entsprechende Zulassungsverfahren sind demnächst zu erwarten. Der Bund geht derzeit davon aus, dass er ab ca. Mitte Dezember 2020 einen ersten Impfstoff bereitstellen kann. Vor diesem Hintergrund besteht dringender Handlungsbedarf, um die für die Durchführung der erforderlichen Impfaktionen in Hessen notwendige Infrastruktur kurzfristig zu schaffen.
4. Der Landtag unterstreicht, dass vor dem Hintergrund der von der Gesundheitsministerkonferenz zugrunde gelegten Gesamtimpfquote von mindestens 60 % der Bevölkerung insgesamt rund 3,8 Mio. hessische Bürgerinnen und Bürger zu impfen sein werden. Um einen vollständigen Impfschutz zu erreichen, ist pro Person, in Abhängigkeit von dem verfügbaren Impfstoff, die Verabreichung von zwei identischen Impfdosen erforderlich. So werden insgesamt rund 7,6 Mio. Impfungen durchzuführen sein.
5. Der Landtag empfiehlt, auf der Basis der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, eine einheitliche Priorisierung der zu impfenden Personengruppen einzuführen.
6. Der Landtag ist erfreut darüber, dass die gemeinsame Task Force Impfkoordination (TFI) des HMSI und des HMdIS bereits am 5. November 2020 ihren Dienst aufgenommen hat, um auf der Basis des Kabinettsbeschlusses vom 3. November 2020 schnellstmöglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die erforderlichen Impfungen landesweit durchgeführt werden können. Aufgrund des Umfangs sowie der großen Bedeutung der Aufgabe wird derzeit sukzessive eine personelle Aufstockung der TFI vorgenommen.
7. Der Landtag würdigt die vorausschauende und verantwortungsvolle Arbeit der Landesregierung, die bereits eine hessische Impfstrategie vorgelegt hat. In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen des Katastrophenschutzes ein Einsatzbefehl an die kommunalen Gebietskörperschaften zum Aufbau und Betrieb von Corona-Impfzentren herausgegeben. Es ist vorgesehen, dass ca. 30 Impfzentren in Hessen etabliert werden, denen mobile Impfteams für die Impfung nicht mobiler Personengruppen, zum Beispiel in Altenpflege- und

Behinderteneinrichtungen, angegliedert sind. Die Impfzentren werden so ausgestattet, dass sie an 7 Tagen in der Woche von 7 bis 22 Uhr betrieben werden und jeweils ca. 1.000 Impfungen pro Tag durchführen können. Die Katastrophenschutz-Einheiten unterstützen den Aufbau und die Erstartphase der Impfzentren.

8. Der Landtag dankt den ehrenamtlichen Einsatzkräften schon jetzt für ihre Unterstützungsbereitschaft und ihr Engagement. Der Dank gilt auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die mit den erforderlichen Freistellungen einen wichtigen Beitrag für die Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe leisten. In diesem Zusammenhang drückt der Landtag auch gegenüber dem gesamten medizinischen Personal, das sich bereit erklärt, an dieser großen Aufgabe mitzuwirken, seine Wertschätzung aus.
9. Mit der Sicherstellung der erforderlichen Impfstoff-Logistik sowie der Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung und den erforderlichen Impfstoffverbrauchsmaterialien unterstützt die Landesregierung die Kreise und kreisfreien Städte unbürokratisch.
10. Die erforderlichen Impfungen könnten – sofern der Bund ausreichend zugelassenen Impfstoff zur Verfügung stellt – in diesen Strukturen innerhalb eines Zeitraums von etwa 9 Monaten durchgeführt werden. Zur Verkürzung dieses Zeitraums könnte es sinnvoll sein, zusätzliche zentrale Impfstellen einzurichten und Impfungen in den Regelstrukturen anzubieten – dies unter der Voraussetzung, dass in entsprechendem Umfang geeignete Impfstoffe zur Verfügung stehen und das hierfür erforderliche Personal gewonnen werden kann. Dabei ist zu betonen, dass die Umsetzung dieser Strategie nur als gemeinsame Herausforderung und in enger Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen und unter Einbeziehung verschiedenster Institutionen, Gremien und Fachgebiete bewältigt werden kann.
11. Der Landtag begrüßt die Einrichtung einer zentralen Servicestelle zur Klärung offener Fragen, zur Abdeckung eines möglichen Beratungsbedarfs sowie zur Nachbestellung von Impfstoff und Verbrauchsmaterial innerhalb der TFI. Der enge, regelmäßige Informationsaustausch mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, der Landesärztekammer Hessen sowie den Hilfsorganisationen ist dabei unerlässlich und wird ausdrücklich begrüßt.
12. Der Landtag zeigt sich besorgt darüber, dass zunehmend falsche Behauptungen zu den geplanten Covid-19-Pandemieimpfungen verbreitet werden, welche die Ängste und Sorgen der Bevölkerung schüren und dazu missbraucht werden, Verschwörungsideologien zu konstruieren und Wissenschaftsfeindlichkeit zu erzeugen.
13. Wenngleich die Impfung freiwillig ist, bittet der Landtag die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen, sich impfen zu lassen. Nur so kann die Herdenimmunität perspektivisch erreicht und die Pandemie unter Kontrolle gebracht werden.

Wiesbaden, 7. Dezember 2020

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)